

INHALT

RECHTE SZENE	2
Aktivierung der Anhänger	2
<i>„Runderneuerung“ und Abgrenzung zur NPD verlaufen innerhalb der DVU nicht ohne Konflikte.</i>	
Die „echte Rechte“	3
<i>In Brandenburg ist die NPD besser aufgestellt als die DVU – den Einzug in den Landtag werden vermutlich beide Parteien nicht schaffen.</i>	
Alljährliches Ritual	4
<i>Auch 2009 werden Neonazis nicht auf kleinere Aktionen zu Ehren von Rudolf Heß verzichten – in Budapest findet ein Gedenkmarsch statt.</i>	
Virtueller Tummelplatz	5
<i>Im Thiazi-Forum trifft sich das komplette Spektrum der extremen Rechten zum Meinungs- und Informationsaustausch oder zur „politischen Diskussion“.</i>	
Wegbereiter	7
<i>Der norddeutsche Neonazi Thomas Wulff, NPD-Bundestagskandidat in Schleswig-Holstein, ist seit rund 30 Jahren in der Szene verankert.</i>	
AUSLAND	8
Euroskeptiker im Parlament	8
<i>Polnischer Rechtsaußenpolitiker und Fraktionsvorsitzender der „Europäischen Konservativen und Reformen“ ist mit antisemitischen Äußerungen aufgefallen.</i>	
BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE	9
Kriegsvorbereitungen	9
<i>Vor 70 Jahren, am 23. August, wurde der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet – wenige Tage später überfiel die Deutsche Wehrmacht Polen.</i>	
MELDUNGEN	10

RECHTE SZENE

Aktivierung der Anhänger

„Runderneuerung“ und Abgrenzung zur NPD verlaufen innerhalb der DVU nicht ohne Konflikte.

Die Versuche des DVU-Vorsitzenden Matthias Faust, aus der Deutschen Volksunion eine „richtige“ Partei zu machen, werden von Udo Voigts NPD argwöhnisch verfolgt. Doch nicht nur zwischen der (Mehrheits-)NPD auf der einen Seite und der DVU auf der anderen Seite verlaufen die Konfliktlinien. Auch innerhalb der DVU knirscht es im Gebälk.

Beispiel Baden-Württemberg: Dort hat im Juli dieses Jahres der Landeschef Walter Baur die Brocken hingeschmissen – die Parteispitze erfuhr davon offenbar erst aus Internetforen. Bei der DVU bemüht man sich um Normalität: Schon seit Monaten sei bekannt gewesen, dass Baur, der auch ein Parteibuch der NPD in der Tasche hat, sein Amt nicht länger habe ausüben wollen. Die NPD Baden-Württemberg zündelt derweil weiter: Baur sei „mittlerweile aus dem Zeitungsverlag der DVU wegen seiner ‚Nähe zur NPD‘ gekündigt“ worden.

Beispiel Hessen: Auch dort geht es um NPD-Nähe. Der hessische DVU-Landesvorsitzende Gerald Wissler hatte Anfang Juli gemeinsam mit NPD-Landeschef Jörg Krebs betont, „dass der jüngsten Entwicklung zwischen DVU und NPD auf Bundesebene zum Trotz, konkurrierende Wahlantritte der beiden Parteien gegeneinander auf kommunaler Ebene unbedingt verhindert werden müssten“. Wissler rechtfertigte sich: „Das angesprochene Treffen mit Herrn Krebs war schon vor dem Ende des Deutschland-Paktes terminiert, aber da die hessische Kommunalpolitik vom Deutschland-Pakt nicht betroffen war, gab es keinen Grund, daran etwas zu ändern.“ Das mögen jene DVUler nicht einsehen, die auf Frontalkonfrontation zur NPD setzen und darauf verweisen, Krebs gehöre zu denen, die die Aufkündigung des Pakts ausdrücklich befürwortet hätten.

Am offenkundigsten wurde der Zoff in den DVU-Reihen in Berlin. Der zwischenzeitlich „ausgestiegene“ Neonazi Detlef Nolde und der ehemalige NPD-Landesvize Hans-Joachim Henry, beide neu in der Partei, sorgen dort für Aufregung. Auch hier lautet der gegen den Landeschef Torsten Meyer gerichtete Vorwurf: zu große Affinität zur NPD. Sogar auf der Homepage des Landesverbandes

find sich eine offene Kampfansage an Meyer: In Berlin gebe es Leute, die „eine runderneuerte DVU nicht wollen“. Gemeint sei „der gesamte Landesvorstand der DVU mit Torsten Meyer an der Spitze“. Sogar die Zentrale in München wurde von Nolde & Co. zum Eingreifen aufgefordert: Es werde „nötig sein, von Seiten der Parteiführung nachhaltig gegen den Noch-Landesvorstand wegen parteischädigenden Verhaltens vorzugehen“.

Doch wie stark ist der Vorsitzende des Gebildes DVU überhaupt? In alle Welt hatte Matthias Faust getwittert, die DVU werde bei der Bundestagswahl in 14 Ländern kandidieren. Am Ende blieben nur noch zwölf. Erst war es der sächsische Landesverband, dessen Organisationsleiter Bernd Zeise eigenständig verbreitete, „nach längerer Überlegung und in Absprache mit dem Bundesvorsitzenden“ sei man übereingekommen, „die Landesliste nicht einzureichen, um in Sachsen ein Zeichen zu setzen, dass trotz Bündnisbruches des NPD-Vorstandes das kollegiale und auch freundschaftliche Verhältnis aufrecht erhalten werden soll und ein Gegeneinander somit nicht sinnvoll ist“ – als hätte es aus DVU-Sicht erst „längerer Überlegung“ bedurft, um zu diesem Schluss kommen zu können. Dann blieb unklar, warum die von Faust avisier- te Landesliste in Thüringen nicht eingereicht wurde.

Faust schob eine Erklärung nach: Dass man in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland nicht antrete, sei eine „bewusste Entscheidung“. Faust: „Insbesondere in Sachsen und im Saarland, aber auch in Thüringen ist zu den Landtagswahlen eine NPD aufgestellt, die diesen Weg ebenfalls geht. Ein Gegeneinander wäre hier völlig sinnlos.“ Neu dabei ist, dass Faust nun auch die von Voigt-Stellvertreter Frank Schwerdt geführte NPD Thüringen quasi zur Riege der „Erneuerer“ zu zählen scheint.

Faust will derweil weitermachen mit der „längst fälligen Aktivierung unserer Anhängerschaft“. Einfach dürfte das nicht werden bei einer Mitgliedschaft, die abgesehen vom Lesen der „National-Zeitung“ auf Passivität getrimmt worden ist und bei der, glaubt man dem inzwischen in DVU-Diensten stehenden Christian Worch, nicht einmal jeder Zweite den Mindestmonatsbeitrag von 3 Euro zahlt.

Tomas Sager

RECHTE SZENE

Die „echte Rechte“

In Brandenburg ist die NPD besser aufgestellt als die DVU – den Einzug in den Landtag werden vermutlich beide Parteien nicht schaffen.

Wie erwartet, hat die NPD in Brandenburg die nötigen 2000 Unterschriften für die Zulassung zur Landtagswahl Ende September zusammen. „Damit ist der Weg für die stärkste nationale Kraft auch in Brandenburg frei“, sagte der NPD-Bundesgeschäftsführer und brandenburgische Landeschef Klaus Beier. Der Parteivorsitzende Udo Voigt frohlockte schon, bald werde die NPD in noch mehr Landesparlamenten vertreten sein. Am 30. August würden Nationaldemokraten in den Landtag von Sachsen und dann auch erstmalig in den Landtag von Thüringen einziehen. „Die greifbar nahen Erfolge werden einen ungeahnten Auftrieb zur Bundestagswahl verursachen und bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl in Brandenburg der NPD zum vierten Einzug in ein weiteres Landesparlament verhelfen“, erklärte Voigt. Nachdem seine Partei den „Deutschland-Pakt“ mit der DVU hat platzen lassen, trat er nun nach: „Deutschlands ‚Echte Rechte‘ wird sich durchsetzen. Die nationale Opposition steht in den Startlöchern.“

Beobachter der Szene und der Verfassungsschutz sehen das ganz anders. Die Aufkündigung des Deutschland-Pakts zwischen NPD und DVU wirke sich nachteilig für die beide Parteien aus, das rechtsextreme Lager würde dadurch geschwächt, erklärte Brandenburgs Verfassungsschutzchefin Winfriede Schreiber kürzlich bei der Vorstellung des gemeinsamen Lagebildes „Rechtsextremismus“ mit dem Nachbarland Sachsen-Anhalt. Fest steht: Auf Hilfe der Neonazis aus Sachsen-Anhalt darf die NPD Brandenburg kaum setzen. Die Akteure der rechtsextremen Szene in beiden Ländern sind kaum miteinander vernetzt. Nur einige Personen im Havelland und im Jerichower Land arbeiten zeitweise zusammen.

Den 2004 geschlossenen Deutschland-Pakt hat die NPD genutzt, um ihre Strukturen auszubauen – im Gegensatz zur DVU. Dass eine von beiden in Brandenburg die Fünf-Prozent-Hürde schafft, glaubt Verfassungsschutzchefin Schreiber nicht. Nach ihren Angaben hat die NPD 300 und die DVU 200 Mitglieder im Land. Auch Michael Kohlstruck vom Zentrum für Antisemitismusforschung

in Berlin glaubt an eine Niederlage für beide Parteien bei der Landtagswahl, weil sich das rechte Wählerpotenzial nun teile. Ohne die Wahlkampfhilfe der NPD würde die DVU Wähler verlieren, bisherige DVU-Anhänger würden im Gegenzug aber keineswegs unbedingt für die radikalere NPD stimmen. Auch wegen ihrer Geldnöte würden beide Parteien ihre Wahlkämpfe weniger intensiv führen.

Obwohl die NPD nun weitaus besser aufgestellt ist als die DVU, ist sie laut Kohlstruck noch lange nicht so weit wie in Sachsen. Kohlstruck führt das auf die relativ dünne Personaldecke sowie den Widerstand von Politik und Gesellschaft zurück. Das führt trotz allem Aktionismus dazu, dass die NPD nach Beobachtungen der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Brandenburg bei ihren Wahlkampfauftritten kaum Zulauf hat.

Das bestätigen auch Meinungsforscher von Infratest dimap. Das Interesse der Wähler für die rechtsextreme Partei ist auf Bundesebene seit einiger Zeit dürrig – mit Ausnahme Sachsens. Auch die technische Entwicklung macht der NPD zu schaffen: Junge Rechtsextremisten tummeln sich lieber in Internetnetzwerken als in Parteistrukturen, Konzerte sind ihnen lieber als Parteitage. Dennoch spricht der Verfassungsschutz in Brandenburg von einer zunehmenden „Nazifizierung“ der NPD. Eine zentrale Rolle spiele dabei der Parteien Nachwuchs JN mit 50 Mitgliedern. Die gewaltbereite, subkulturelle rechte Szene – also die potenziellen Wahlkampfhelfer – zählte im vergangenen Jahr 510 Personen, 2007 waren es 500.

Übrigens kommt Brandenburgs NPD-Chef Beier als inhaltlich Verantwortlicher für seine Wahlkampfpropaganda auf der Interseite der Bundespartei ohne Strafverfahren davon. In einem „Wahlkampf-Lied“ zum Herunterladen wird dem früheren Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, Michel Friedman, Gewalt angedroht. In dem Song für Verteiler von Wahlkampfmaterial heißt es, „bei Himmler, Voigt und Rommel, da wirft man gerne ein, Briefkastendeckel trommelnd, hau ich Friedman eine rein“. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat den Text wegen einer möglichen Aufforderung zu Straftaten geprüft und nicht Belastendes festgestellt.

Alexander Fröhlich

RECHTE SZENE

Alljährliches Ritual

Auch 2009 werden Neonazis nicht auf kleinere Aktionen zu Ehren von Rudolf Heß verzichten – in Budapest findet ein Gedenkmarsch statt.

Ende Juli warf das neonazistische „Wunsiedel-Komitee“ auch für dieses Jahr das Handtuch: Das Verbot des für den 22. August geplanten „Heß-Gedenkmarsches“ sei vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt worden, ließ die Truppe rund um den Hamburger Neonazi-Anwalt und stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Jürgen Rieger die Kameraden wissen. Rechtsmittel dagegen gebe es nicht auf verwaltungsgerichtlicher Ebene. Untätig bleiben sollen die Kameraden aber nicht, geht es nach dem Komitee: „Falls die Fahrt nach Wunsiedel wieder einmal ausfallen muss, dann werdet anderswo aktiv! Greift zu kreativen, überraschenden Mitteln, um das Thema bei euch vor Ort in die Öffentlichkeit zu bringen.“

Überraschend kam die Entscheidung der obersten Verwaltungsrichter des Freistaates nicht. Seit 2005 muss der Heß-Marsch ausfallen, weil sich nach einer Änderung des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches strafbar macht, wer „öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise“ dadurch stört, „dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt“. Auf diesen Paragraphen hat das Landratsamt Wunsiedel in den letzten fünf Jahren seine Verbote für die Aufmärsche zu Ehren des Hitler-Stellvertreters gestützt. Das Verwaltungsgericht Bayreuth, der Bayerische Verwaltungsgerichtshof und das Bundesverwaltungsgericht gaben ihm recht. Die Bundesverwaltungsrichter befanden im vorigen Jahr: „Bei der gebotenen Würdigung aller einschlägigen Äußerungen in ihrer Gesamtheit drängt es sich auf, dass die Glorifizierung der Person Rudolf Heß als Billigung des nationalsozialistischen Regimes in allen seinen Erscheinungsformen und damit auch als Gutheißen der von diesem Regime ausgeübten Gewalt- und Willkürherrschaft wahrgenommen worden wäre.“

Hoffnungen auf einen Erfolg vor den Gerichten hatte Rieger in diesem Jahr denn auch gar nicht erst gehegt. „Auch der bayerische Verwaltungsgerichtshof wird selbstverständlich – wie im Vorjahr – das Verbot bestätigen“, hatte er schon Anfang Juli gemutmaßt. Tatsächlich richtet sich sein Blick nicht nach München, sondern nach

Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht, so hofft er, könnte den Paragraphen 130 für verfassungswidrig erklären oder jedenfalls so auslegen, dass die Veranstaltungen in Wunsiedel wieder möglich würden. Anfang August bemühte er das Gericht aber erst einmal mit einem Eilantrag, mit dem der Aufmarsch unabhängig von einer solchen Grundsatzentscheidung doch noch durchgesetzt werden solle.

An die Stelle der alljährlichen Heß-Aufmärsche im Fränkischen, die in der Spitze fast 5000 Teilnehmer zählten, sind zuletzt andere feste Termine mit bundesweiter Bedeutung im Terminkalender der Neonazis getreten. Der 1. Mai gehört dazu, aber auch der 1. September in Dortmund, der als „nationaler Antikriegstag“ firmiert, tatsächlich aber die Kriegspolitik der Nationalsozialisten legitimieren soll. Vor allem aber gelang es in Dresden, bei den Aufmärschen zum Jahrestag der Bombardierung mit bis zu 6000 Teilnehmern etwas zu erreichen, was auch Wunsiedel ausgezeichnet hatte: eine zumindest an einem Tag wirksame Einigung fast aller Fraktionen der extremen Rechten – und das unter einem Motto, das anders als Wunsiedel nicht einen so offenkundigen NS-Bezug aufweist.

Bleibt es beim Verbot, werden die Neonazis gleichwohl nicht auf Aktivitäten zu Ehren des Hitler-Stellvertreters verzichten. Zu erwarten sind vor allem Klein- und Kleinstaktionen: Transparente an Straßenbrücken oder an Gebäuden, Spray- und Schmieraktionen, Plakate, die im Schutz der Dunkelheit geklebt werden, kurze, manchmal nur wenige Minuten dauernde „Spontan“-Demonstrationen an Orten mit geringer Polizeipräsenz und manchmal auch spätabends oder nachts, wie 2008 in Ueckermünde, Jüterbog oder Hanau.

Wer es „geordneter“ mag, muss wohl ins Ausland ausweichen. Süddeutsche Neonazis, darunter der Ex-JN-Funktionär Norman Bordin, rufen zur Teilnahme an einem „Rudolf Heß Gedenkmarsch“ der „NS-Front Hungaria“ am 15. August in Budapest auf. Er könne, schreibt Bordin, „Ungarn jedenfalls nur jedem ans Herz legen, die Kameradschaft und die Disziplin dort sucht ihres gleichen“. Nicht nur das: Auch wer auf Uniformen, Marschtritt und Reichskriegsflaggen steht, kommt dort anders als in der Bundesrepublik auf seine Kosten.

Tomas Sager

RECHTE SZENE

Virtueller Tummelplatz

Im Thiazi-Forum trifft sich das komplette Spektrum der extremen Rechten zum Meinungs- und Informationsaustausch oder zur „politischen Diskussion“.

Zusammen mit seinen Vorläufern hat das neonazistische Thiazi-Forum eine über zehnjährige Kontinuität als scene-übergreifende und strafbare Kommunikationsplattform wie virtuelle antidemokratische Parallelgesellschaft. Hier werden braune Veranstaltungen, Konzerte und Websites beworben oder Szene-Ereignisse mitgeteilt und – teilweise konträr – diskutiert und kommentiert. Mehr als eine Million Foren-Beiträge spiegeln Indoktrination, Hetze und Mobilisierung zu Neonazi-Events ebenso wieder wie soziale Probleme, Essensgewohnheiten oder Fragen zu Hundehaltung und Kindererziehung. Das Thiazi-Forum ist als Tummelplatz des kompletten Spektrums der extremen Rechten sowie potenzielle Einstiegsmöglichkeit zum Neonazismus für rechtsaffine Jugendliche das relevanteste deutschsprachige Neonazi-Forum. Gerade die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen ist – laut Alexa-Statistiken – unter den Besuchern des Forums überrepräsentiert.

Entstanden aus dem Forum der Neonazi-Site „White Power MP3“ (WPMP3), fusionierte der Vorläufer des Forums 2004 mit dem internationalen Skadi-Forum als dessen deutschsprachiger Bereich und spaltete sich drei Jahre später als Thiazi-Forum wieder ab. Im gleichen Jahr wurde das Forum von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) wegen Verherrlichung des Nationalsozialismus als jugendgefährdend indiziert. Trotz der Aufnahme ins so genannte „BPjM-Modul“, einer Blacklist unzulässiger Websites, die auch deutsche Suchmaschinen integriert haben, kommen über 70 Prozent der Forenbesucher aus dem deutschsprachigen Raum. Laut foreninterner Umfrage sind fast zwei Fünftel der angemeldeten Nutzer per Suchmaschinen zum Forum gekommen, ein weiteres knappes Drittel durch die Empfehlung von „Kameraden“.

Mehr als die Hälfte aller Forenbeiträge konzentrieren sich auf den „Musikbereich“, die Bereiche „Nachrichten“ und „politische Diskussion“ und den so genannten „Stammtisch“. Allein der Musikbereich verzeichnet über 131 000 Beiträge, darunter Links zu Onlinepräsenzen

rechtsextremer Musiker oder Ankündigungen wie einem Neonazi-Konzert mit den Bands „Stahlgewitter“, „Radikahl“ und anderen Ende August „in West-Europe“ und dem „Rock tegen Kapitalisme“ im Oktober in den Niederlanden, bei dem der Kölner Axel Reitz und die deutschen Neonazi-Bands „Carpe Diem“ und „Libertin“ auftreten sollen. Der Musikbereich des Forums bietet darüber hinaus eine umfangreiche wie umfassende Liste rechtsextremen Liedguts.

Mehr als 200 000 Beiträge gibt es in den Bereichen „Nachrichten“ und „politische Diskussion“ zu politischen Themen und Ereignissen. Hier wird kommentiert, aber auch gezielt agitiert und angesprochen – Pressemeldungen und Aufrufe (in) der Szene werden hier ebenso verbreitet wie Veranstaltungen, Aufmärsche und Konzerte beworben. Hier sind Diskussionen über „Ausländerkriminalität“ ebenso zu finden wie der von Ursula Haverbeck in der Szene weitergeleitete Spenden-„Hilferuf von Horst Mahler“ oder „Freie Nationalisten Nürnberg: Schulung mit Patrick Schröder vom Widerstand Weiden!“.

Holocaust-Leugnung in der „Plauderecke“

Mit weit über 300 000 Beiträgen ist der so genannte „Stammtisch“ die forengrößte „Plauderecke für alles, was euch am Herzen liegt“. In diesem Socialising-Bereich stellen sich Mitglieder vor, existiert ein Familienbereich und wird das, was sonst offenbar nicht passt, gepostet. Das Spektrum der Diskussionen ist breit und reicht von „Fragen zur Hundehaltung“ bis zu „Liste prominenter Juden“ oder „Was tun gegen Zigeuner?“ – hier wird beispielsweise ausgeführt: „Solange die BRD existiert, wirst du den Zigeunerdreck ertragen müssen. Dieses widerliche Pack steht, wie der Jude, Schwule und anderes, unter Minderheitenschutz. Und Minderheiten regieren die Masse in der BRD. Aber irgendwann wird man mit ihnen wieder richtig verfahren.“

Eine knappe halbe Million Zugriffe hat das Thema: „Holocaust: Betrug des 20. Jahrhunderts?“, das mit einer Umfrage und einer Zusammenstellung von 49 Thesen und Aussagen des Buchs: „Der Holocaust-Schwindel“ des fanatischen Revisionisten Jürgen Graf eingeleitet wird, ergänzt durch Links zu einschlägigen Holocaustleugnenden Websites. Bei der Abstimmung, ob der Holocaust stattgefunden habe, votierten bisher weit über die Hälfte für die Antwortmöglichkeiten „natürlich nicht“,

RECHTE SZENE

während knapp 40 Prozent dafür votierten, dass der Holocaust in irgendeiner Form stattgefunden hat. Immerhin jeder Achte stimmte der Aussage zu: „Natürlich. Und zwar ziemlich genau so, wie von der etablierten Geschichtsschreibung dargestellt.“, aber auch jeder Zehnte erklärte klar: „Juden wurden im Gegenteil vom Dritten Reich vor Ausschreitungen und dem Tod geschützt. (...) Das Verhalten des Dritten Reiches bezüglich der Juden war im Großen und Ganzen vorbildlich.“

Zu den zehn meistgelesenen Beiträgen zählen mit 167 000 Zugriffen auch jene zur „Neuen Nationalistischen Plakatkunst“, die der zu den Vielschreibern zählende süddeutsche Unternehmensberater Wolfgang G. als „Werkschau“ nutzt. Unter dem Pseudonym „Wolfgang Reinhard“ erstellte er seit 2002 über 700 rassistische, antisemitische oder NS-verherrlichende Propagandaplakate. Darüber hinaus setzt er seine „Werke“ gezielt ein für „Weltnetz und Seminare. Per Link zu Thiazi führen wir die Leute hin“ – über Kommentare in Gästebüchern, bei Altermedia oder Beiträge in Neonaziforen wie Stormfront, Skadi oder dem Nationalen Forum Deutschland der NPD, bei dem „Wolfgang Reinhard“ ebenfalls aktiv ist.

Privataufnahmen von „Raginhild“

Das Gros der Forenbeiträge ist frei zugänglich – dennoch verzeichnet Thiazi mehr als 20 600 angemeldete Mitglieder „aus allen Teilen der Welt“, von denen viele Profilbilder mit strafbarer Symbolik oder rassistische und antisemitische Hetze als Signatur nutzen. Forenintern gelten 2800 davon mit 15 und mehr Beiträgen als „aktive Nutzer“. Forenbetreuer „Dom“ führt diese „Hitliste“ mit über 8700 Beiträgen, gefolgt von Forenunterstützer „Wolke“ mit 7200 Beiträgen.

Eine weitere Thiazi-Vielschreiberin ist mit mehr als 3200 Beiträgen „Raginhild“ – hinter dem Pseudonym steht die einschlägig bekannte Thüringer Neonazi-Aktivistin Isabell Pohl, die zuvor als „Celticfrica“ agierte. Pohl, deren Texte auch auf NPD-Sites publiziert sind, stellt bei Thiazi diverse Privataufnahmen von sich – unter anderem im Dress der von ihr gegründeten Neonazi-Frauentruppe „Aktive Frauen-Fraktion“ (AFF) – und von ihren Kindern zur Schau. Nicht nur bei Thiazi agiert nach Ansicht von Kennern der Szene unter dem Pseudonym „Patrik.sxe“

der Thüringer Neonazi-Kader und Aktivist von Volksfront Medien Patrick Wiedorn, bei dem unter anderem im Zusammenhang mit einer bundesweiten Razzia wegen des Verdachtes auf Fortführung der verbotenen Organisation „Blood&Honour“ im März 2006 eine Razzia stattfand.

Unter „Klarnamen“ agiert der Münchner Neonazi Norman Bordin. Er nutzt das Forum zum Bewerben und Diskutieren von Veranstaltungen und Aufmärschen, wie die diesjährige Rudolf Heß-Gedenkveranstaltung in Budapest. Auch Christian Worch ist bei Thiazi zu finden, wenngleich weitaus sporadischer als andernorts.

„Widukin“ sucht Mitstreiter für seine „Bruderschaft“

Auch weniger bekannte Szene-Aktivisten agieren hier unter bürgerlichem Namen. So sucht der notorische braune Webaktivist Bernd G. aus dem hessischen Wölfersheim Mitstreiter für seine „Bruderschaft“, ein auf der Community-Plattform Ning betriebenes Netzwerk von 150 Neonazis. Der auch als „Widukin“ agierende 48-Jährige war in der stillgelegten NPD-Community Kennwerk von Franz Frank aktiv und agiert in diversen neonazistischen Ning-Communities – auf dieser Plattform verzeichnet er fast 800 Kontakte.

Thiazi finanziert sich zu einem großen Teil über Spenden der Mitglieder. Spender haben den Status des „Förderers“ des Forums und bekommen Zugang zu einem internen Forenbereich, über den MP3-Dateien getauscht werden. Zu den – zahlreichen – finanziellen Unterstützern zählt „FN-Jena“, der sich mit einem Profilbild des „Braunen Hauses“ Jena vorstellt oder „Geheimkult“, der beim so genannten „Nationalen Demonstrationsbeobachter“ aktiv ist und zahlreiche Beiträge zu Videobeiträgen rechtsextremer Aufmärsche und Veranstaltungen beisteuert. Eine weitere Finanzierungsquelle sind Werbeeinblendungen neonazistischer Online-Versandhändler. Derzeit finanzieren so der rechtsextreme Versand PC Records und das Szene-Modelabel Ansgar Aryan das Forum mit monatlichen Beiträgen und so die neonazistische Hetze bei Thiazi.

Rudolf Kleinschmidt

RECHTE SZENE

Wegbereiter

Der norddeutsche Neonazi Thomas Wulff, NPD-Bundestagskandidat in Schleswig-Holstein, ist seit rund 30 Jahren in der Szene verankert.

Sechs Bewerber hat der Kreiswahlausschuss der Hansestadt Lübeck für die Bundestagswahl am 27. September dieses Jahres zugelassen. Zu ihnen zählt auch der norddeutsche Neonazi Thomas Wulff. Der mehrfach verurteilte Wulff gehört seit Jahrzehnten zu den bekanntesten Neonazis der Bundesrepublik.

Wulff war Eigenangaben zufolge 1978 zu „politisch organisierten Kameradenkreisen“ aus dem Spektrum der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivistinnen“ (ANS/NA) und der NSDAP/AO gestoßen. Den Schritt in die politisch organisierte Bewegung machte Wulff nach einem persönlichen Kennenlernen des damaligen Neonazi-Führers Michael Kühnen 1982. Kühnen, so Wulff, „überzeugte mich davon, dass es wichtig war, wieder eine Organisation zu schaffen, die ganz deutlich für die Ideale und Ziele unserer Weltanschauung eintrat.“ In den 80er Jahren gehörte Wulff als Bundesvorstandsmitglied der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) an. Im Mai 1986 hielt er sich besuchsweise in der DDR auf, der „Führungskader der FAP“, so ein Eintrag in einer Akte des Ministeriums für Staatssicherheit, war „in uniformähnlicher Bekleidung“ aufgetreten. Jedoch ergaben die eingeleiteten Kontrollmaßnahmen, so hieß es in der Akte, „keine Anhalte auf feindliche Aktivitäten“.

1989 rief Wulff mit seinem damaligen engen Vertrauten Christian Worch in Hamburg die „Nationale Liste“ (NL) ins Leben. Die „Partei des neuen Nationalismus“ hatte den Kampf gegen die „Überfremdung unseres Vaterlandes“ und die „irrigen Versuche der ‚Ausländerintegration‘“ auf ihre Fahnen geschrieben. Die „Nationale Liste“ wurde 1995 verboten. Als Reaktion auf die durch zahlreiche Vereinsverbote seit 1992 „heimatlos“ gewordenen Neonazi-Kräfte setzte Wulff gemeinsam mit Worch ein Konzept um, das die Vernetzung der Neonazi-Szene in einem Geflecht scheinbar strukturloser „Kameradschaften“ vorsah. Dem Konzept gab Wulff den Namen „Freie Nationalisten“ – mit dem Symbol der schwarzen Fahne. In der Neonazi-Zeitschrift „Zentralorgan“ wurde

dazu ausgeführt: „Ein freier Nationalist ist ein Kamerad oder eine Kameradin, welche/r sich zu allererst dem Volke und der Nation verpflichtet fühlt. Für mich bedeutet dies, dass ich immer wieder versuche, trotz aller Spaltungsversuche und Abgrenzungsbeschlüsse innerhalb der nationalen Opposition, das gemeinschaftliche Handeln in den Vordergrund zu stellen.“ Mit einem gemeinsamen Aufruf mit der NPD zu einer Kundgebung Ende des Jahres 2003 wurde Wulff zum Wegbereiter neuer Beziehungen zwischen Freien Nationalisten und der NPD.

Im September 2004 trat Wulff gemeinsam mit den Neonazis Thorsten Heise und Ralph Tegethoff der NPD bei. In ihrer Begründung erklärten die Neonazis, seitens der NPD sei der Wille zu spüren gewesen, „sich als Partei deutlich in das Gesamtgefüge einer Bewegung des Widerstandes einzufügen“. Bereits im Folgemonat Oktober wurde Wulff in den Bundesvorstand der NPD gewählt und avancierte zum persönlichen Referenten des NPD-Parteivorsitzenden. Im Mai 2008 schied Wulff vorübergehend aus dem NPD-Bundesvorstand aus, dem er seit April 2009 wieder angehört.

Bundesweite Schlagzeilen lieferte Wulff bei der Beisetzung des Altnazis Friedhelm Busse am 26. Juli in Passau 2008. Im Beisein des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt legte Wulff auf dem bereits abgesenkten Sarg Busses eine Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz aus. Bei dem damaligen Bündnispartner der NPD wurde das offenkundig nicht gern gesehen. Gerhard Frey, der langjährige frühere DVU-Bundesvorsitzende, kritisierte Wulffs Aktion in der „National-Zeitung“ folgendermaßen: „Dass jede Form oder auch Andeutung von Neonazismus der antideutschen Meinungsindustrie willkommen ist, wird kaum jemand bezweifeln, der die Polemik fast aller Massenmedien verfolgt. Umso unverständlicher ist es, wenn es immer wieder Deutsche gibt, die durch Andeutung von Neonazismus oder dessen Symbolen genau das darstellen, worauf das antideutsche Lager der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ so sehnlich wartet und wofür Tausende Agenten eingesetzt werden.“ Frey abschließend: „Jeder Patriot sollte sich ... wehren, was in Richtung Nazismus und Neonazismus führen könnte. Abertausende V-Leute der Geheimdienste betreiben dieses schmutzige Geschäft. Aber kein aufrechter Deutscher darf sich daran beteiligen.“

Anton Maegerle

AUSLAND

Euroskeptiker im Parlament

Polnischer Rechtsaußenpolitiker und Fraktionsvorsitzender der „Europäischen Konservativen und Reformer“ ist mit antisemitischen Äußerungen aufgefallen.

Rechtskonservative bis rechtsextreme Parteien aus mehreren Ländern haben sich im neu gewählten und zusammengetretenen Europaparlament zusammengeschlossen („blick nach rechts“ berichtete). Dort bestehen nun zwei Rechtsfraktionen jenseits der Konservativ-Liberalen des Mainstreams: die 55-köpfige Gruppe der „Europäischen Konservativen und Reformisten (Reformer)“, abgekürzt ECR, sowie eine Sammlung von Abgeordneten national-konservativer Parteien unter dem blumigen Namen „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFD) mit 30 Parlamentariern. Beide Fraktionen zählen zu den „Euroskeptikern“. Bei beiden hat die extrem rechte österreichische FPÖ, bislang jedoch erfolglos, um „Anschluss“ nachgesucht.

Bei der ECR hat es nun schon in den ersten Wochen mächtig Ärger gegeben. Dabei ging es konkret um Rechtsaußentendenzen und unverhohlenen antisemitische Äußerungen eines polnischen Abgeordneten – der zu allem Überfluss noch dazu zu ihrem Fraktionsvorsitzenden gewählt worden ist. Ursprünglich hatten die britischen Konservativen geglaubt, mit ihren 25 Abgeordneten im Europaparlament die (insgesamt 55-köpfige) ECR-Fraktion kontrollieren und anführen zu können. Doch dann ging bei der internen Wahl der Fraktionsvorsitz an einen Vertreter der polnischen PiS – „Recht und Gerechtigkeit“, Prawo i Sprawiedliwość – der Brüder Kaczynski, die im Europaparlament 15 Sitze zählt. Bis 2007 hatte die rechtskonservative PiS in Warschau regiert, sie wurde als Regierungspartei durch die liberale „Bürgerplattform“ PO abgelöst.

Bei dem neuen Vorsitzenden der ECR-Fraktion handelt sich es um Michal Tomasz Kaminski. Der Abgeordnete, Jahrgang 1972, steht derzeit im Mittelpunkt eines Skandals: Ihm wird vorgeworfen, antisemitische und nationalistische Äußerungen getätigt zu haben. Kaminski gehörte in jüngerer Vergangenheit noch der rechtsextremen, judenfeindlichen und homophoben Partei „Nationale Wiedergeburt Polens“ (NOP, Narodowe Odrodzenie Polski) an. Diese Organisation behauptet von sich, bereits unter der pro-sowjetischen Diktatur in den Jahren von

1981 bis 1989 in der Illegalität existiert zu haben. Seit 1992 ist ihre Existenz als Partei verbürgt, nachdem sie in jenem Jahr registriert wurde. Heute ist die NOP national-revolutionär ausgerichtet und gehört – zusammen mit anderen offen rechtsextremen Parteien und Organisationen wie der deutschen NPD, der italienischen Fuerza Nuova und der französischen Splittergruppe Renouveau français („Französische Erneuerung“ oder „Wiedergeburt“) – der „Europäischen Nationalen Front“ ENF an, die 2004 gegründet wurde.

In einem Radiointerview hatte der frühere Rechtsaußenpolitiker es im Jahr 2001 abgelehnt, dass im Namen der polnischen Nation um Entschuldigung für das Judenpogrom von Jedwabne (1941) – welches, unter der Nazi-herrschaft, durch Polen verübt worden war – gebeten werde. Und er hatte in einem Interview mit einer offen rechtsextremen Zeitung erklärt, dass „die Juden“ angeblich „Polen viel Leid unter der sowjetischen Besatzung und unter dem Kommunismus zugefügt“ hätten.

Der Rabbiner der Zentralsynagoge von London, Barry Rubin, forderte inzwischen die britischen Konservativen dazu auf, alle Verbindungen zu Kaminski abubrechen. Unterdessen hatte der britische Torypolitiker Edward McMillan Scott, der jüngst zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments gewählt wurde, seinerseits scharfe Kritik an dem polnischen Politiker und Rechtsausleger geübt – und wurde dafür aus seiner früheren Partei ausgeschlossen. Neben den britischen Konservativen warf ihn auch die ECR-Fraktion raus.

Die Mehrheit dort ist nämlich der Auffassung, es gehe den Kritikern, die Kaminski seine (doch ziemlich frische) politische Vergangenheit vorwerfen, dabei in Wirklichkeit nur darum, „unsere Fraktion, die die Nationen und die Bürger verteidigt“ – und zwar gegen „einen Superstaat Europa“ – autoritär zum Schweigen zu bringen. So formulierte es der britische konservative Europaparlamentarier Geoffrey van Orden. (Zitiert nach „Le Monde“ vom 24. Juli) Kaminski bestreitet unterdessen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Doch für seine Fraktion, „ECR“, ist der Skandal längst perfekt; denn schon die Reaktionen der Mehrheit ihrer Abgeordneten auf die Kritik von McMillan und anderen sind ausgesprochen skandalös.

Bernhard Schmid

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE

Kriegsvorbereitungen

Vor 70 Jahren, am 23. August, wurde der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet – wenige Tage später überfiel die Deutsche Wehrmacht Polen.

Es blieb dem Berliner Historiker Ernst Nolte vorbehalten zu fragen, ob der Ursprung des deutschen Völkermordes an den Juden Europas überhaupt ursprünglich gewesen sei – unvergleichbar und einmalig? „War nicht der ‚Archipel Gulag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Primus des Rassenmords der Nationalsozialisten?“, hatte Nolte Ende der 70er Jahre in einem Zeitungsbeitrag gefragt, der ursprünglich als Rede geplant war? Die Antworten kamen prompt, unter anderem von den renommierten Historikern Jürgen Habermas und Hans-Ulrich Wehler. Nolte landete mit seinem Versuch, den Nationalsozialismus zu entlasten, im Abseits.

Ähnlich ging es allen Schönfärbern, die versucht haben, die Schuld am Zweiten Weltkrieg dem sowjetischen Diktator Josef Stalin anzulasten. Von ihm, so behaupteten sie, sei auch die Initiative für einen Pakt ausgegangen, der vor 70 Jahren geschlossen und bewusst nicht geheim gehalten wurde: der Hitler-Stalin-Pakt. Er wurde am 23. August 1939 vom deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop und vom Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und Kommissar für Äußeres der Sowjetunion, Wjatscheslaw M. Molotow, unterschrieben und hätte deshalb deren Namen tragen können. Doch Hitler wollte sich selbst mit dem Dokument verbunden sehen. Sein Propagandaminister Joseph Goebbels hatte das Abkommen als „Meisterstück“ des „Diplomaten“ Hitler gerühmt. Er tat dies bewusst, weil Hitler die UdSSR über viele Jahre hinweg als den „Hort des jüdischen Weltbolschewismus“ denunziert hatte. Plötzlich, so schien es, war aus dem Feind ein treuer Freund und Verbündeter geworden, mit dem man einen „Nichtangriffspakt“ schließen konnte.

Die Welt zeigte sich von der neuen Freundschaft völlig überrascht. Sozialistische Emigranten waren schockiert. Nur Moskau hatten sie zugetraut, den Imperialisten Hitler zu stoppen – auch trotz des „Anschlusses“ Österreichs und der Zerschlagung der Tschechischen Republik.

Dabei war die Unterzeichnung durchaus nicht sozusagen vom Himmel gefallen, sondern während vieler deutsch-sowjetischer Geheimtreffen sorgfältig vorbereitet worden. Im Fokus beider Regierungen stand die Absicht, Polen zu zerschlagen. Die Nationalsozialisten wollten den Nachbarn überfallen, auch um ihr Reich im Osten zu vergrößern. Moskau hatte es ebenfalls auf Polen abgesehen, um gleichzeitig in den baltischen Staaten Fuß zu fassen. Offiziell hieß der Pakt „Nichtangriffspakt“. Der eigentliche Zweck des Bündnisses stand freilich in geheimen „Zusatzprotokollen“. In ihnen sicherten sich die beiden Mächte zu, ihre Einflussbereiche auszudehnen und sich dabei nicht gegenseitig zu behindern. Hitler konnte nun, ohne Moskau zu fürchten, Polen überfallen und unterjochen. Moskau auf der anderen Seite wusste nun, dass es in Ostpolen einrücken könne, ohne von Berlin gestört zu werden.

Um die neue Freundschaft öffentlich zu dokumentieren, war von Ribbentrop demonstrativ von Berlin nach Moskau gestartet. Der Abflug wurde breit in der Wochenschau gefeiert. Seht her, da geschieht etwas Besonderes. Sieben Tage später, am 1. September 1939, überschritten deutsche Truppen die polnische Westgrenze. Dass daraus der Zweite Weltkrieg werden würde, konnte damals wohl noch niemand sagen. Als aber wenig später England und Frankreich ihren Bündnispflichten gegenüber Polen nachkamen, zeichnete sich ein großer Krieg ab, der zum Zweiten Weltkrieg wurde. Völlig klar wurde das nach dem Überfall der Wehrmacht auf die UdSSR am 22. Juni 1941.

Man darf unterstellen, dass der Entschluss zum Krieg gegen die Sowjetunion schon viel früher gefallen war. Historisch nachweisbar ist das spätestens seit der „Führer-Weisung Nr. 21“ vom 18. Dezember 1939 – nur vier Monate nach dem Pakt mit Moskau. In dieser „Weisung“ gab Hitler den Befehl, das „Unternehmen Barbarossa“ konkret zu planen. Damit nahm Hitler den Zweiten Weltkrieg in Kauf – der, um es noch einmal festzustellen, nicht ausgebrochen ist. Nach fünfeinhalb Jahren lag Deutschland am Boden, hatte seine nationale Einheit verloren und den Tod von weit mehr als 50 Millionen Menschen zu verantworten. Der Krieg ist vom Zaun gebrochen worden durch das Deutsche Reich und eben nicht „ausgebrochen“, wie leider noch immer hier und da formuliert wird.

Heiner Lichtenstein

MELDUNGEN

Rechtsextreme Parteien zur Wahl

Berlin – Während die NPD bei der Bundestagswahl am 27. September in allen 16 Bundesländern antritt, bringt es die DVU nur auf 12 Kandidaturen. Die DVU wird in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, dem Saarland und Thüringen nicht auf den Stimmzetteln stehen. Mit Ausnahme Thüringens konnte man mit dem Verzicht auf den Wahlantritt rechnen, da die DVU dort mit Gegnern des NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt konkurriert hätte. Überraschender ist, dass die DVU auch in Thüringen nicht antritt, wo am 19. Juli angeblich ebenfalls eine Landesliste aufgestellt worden war. (ts)

Psychiater für die NPD

Köln – Benedikt Frings, Teilnehmer an der Konferenz von Holocaust-Leugnern im Dezember 2006 in Teheran, will bei der Bundestagswahl am 27. September im Wahlkreis Köln 1 für die NPD antreten. Zwar hat seine Partei diese Kandidatur noch nicht offiziell bekannt gegeben. Auf der Internetseite „abgeordnetenwatch.de“ firmiert er aber bereits als Kandidat. Dort verteidigt Frings, der als Facharzt für Allgemeinmedizin, Psychiatrie und Psychotherapie tätig ist, auch seinen damaligen Auftritt im Iran: „Weder ich noch sonst irgend jemand, den ich in Teheran getroffen habe, leugnet irgend etwas. ‚Leugnung‘ bedeutet nämlich: einen eigentlich als wahr erkannten Sachverhalt für unwahr erklären.“ Wert legt er aber auf die Feststellung, bei der Konferenz nicht selbst referiert zu haben. Seine Begründung: „Die gegenwärtige BRD-Rechtsprechung lässt im Gegensatz zur Deklaration der Menschenrechte und auch zu Artikel 5 des ‚Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland‘ zu diesem Thema und zu vielen anderen Themen eine offene Diskussion nicht zu.“ Frings, Jahrgang 1957, schrieb im November 2005 in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“, „die Holocaust-Anti-Religion und die Kriegsschuldthese“ hätten „das deutsche Volk kollektiv neurotisiert und so absichtsvoll wehrlos gemacht“. Vier Wochen vor der Bundestagswahl steht er bei der Kommunalwahl in der Domstadt ebenfalls auf den Stimmzetteln: Frings bewirbt sich als Listen-Sechster der NPD für den Stadtrat sowie als einziger Vertreter seiner Partei für die Bezirksvertretung Innenstadt. (ts)

Wahlmarathon der Republikaner

Berlin – Bei der Bundestagswahl am 27. September werden die „Republikaner“ eigenen Angaben zufolge in elf Bundesländern auf den Stimmzetteln stehen. Dies teilte jedenfalls deren Bundesverband mit. Außer in Nordrhein-Westfalen hat die Partei eigenen Angaben zufolge die Voraussetzungen für eine Wahlteilnahme in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen erfüllt. Leicht fiel den Republikanern das offenbar nicht: „Die letzten Tage waren an Hektik nicht zu übertreffen“, räumt die Partei in ihrer Mitteilung ein. „Der eine oder andere“ habe „schon die Flinte ins Korn werfen“ wollen. Gescheitert sind die „Republikaner“ demnach in Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Saarland. Die Partei tritt außerdem bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am 30. August sowie in Brandenburg am 27. September an. Die Republikaner erneuerten ihre Absage an die NPD, die sie als „braunlackierte Faschisten“ titulierte. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:

Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöfel

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de